

28. September 2011, 14:06, NZZ Online

«Der Atomausstieg darf das Klima nicht belasten»

Können erneuerbare Energien die nukleare und die fossile Energie ersetzen?



Kühlturm des
AKW-Gösgen: Ist es
möglich aus der
nuklearen Energie
auszusteigen, ohne
das Klima zu
belasten?

(Bild: Imago)

Ist der Atomausstieg möglich, ohne dafür die Klimaziele zu opfern? Ja, ist Nick Beglinger, Präsident von Swissteclintech, überzeugt. In seiner ambitionierten Energie-Strategie will er gar den Verbrauch fossiler Energien drastisch senken. Halten erneuerbare Energien, was sie versprechen?

Interview: Marco Metzler

NZZ Online: Herr Beglinger, gewisse Parlamentarier wollen beim Atomausstieg ein Technologieverbot verhindern. Wie stark wird dies die Planungs- und Investitionssicherheit für die ganze Energie-Branche beeinflussen?

Nick Beglinger: Es ist sehr wichtig, dass der Atomausstieg klar und mit wenig «wenn und aber» geschieht. Die wirtschaftliche Logik ist einfach: Je klarer der Ausstieg, desto planbarer wird die Energiewende für Firmen, desto eher wird der Markt für die Umsetzung der Energiewende sorgen und umso weniger Subventionen braucht es. Wir befürworten daher einen klaren Entscheid. Dies darf aber nicht mit einem Technologieverbot gleichgesetzt werden.



Nick Beglinger,
Präsident des
Wirtschaftsverbandes
Swissteclintech.

(Bild: PD)

Auch Swissteclintech will, dass die Forschung im nuklearen Bereich weitergeführt wird. Diese ist allein schon in Sachen Rückbau der bestehenden Anlagen und Lagerung von radioaktiven Abfällen nötig. Und würde dann um 2040 wirklich eine neue und auch saubere KKW-Generation zur Verfügung stehen, dann wird sich sicher auch unser Wirtschaftsverband nicht dagegen wehren. Ich werde dann 70 sein und glaube heute, dass zu dem Zeitpunkt die erneuerbaren Energien unschlagbar sein werden.

Wird ein Atom-Ausstieg, wie er geplant ist, nicht zu einer Mehrbelastung des Klimas führen?

Das darf er nicht. Wir haben in unserer [Cleantech-Energiestrategie](#) klare Bedingungen gesetzt, die eine Energiewende erfüllen muss – dies schliesst auch die CO₂-Emissionen ein. Und dort halten wir uns, nicht wie einige andere Dachverbände, klar an die Vorgaben der Wissenschaft, das heisst eine Reduktion des CO₂ bis 2020 um 40 Prozent im In- und

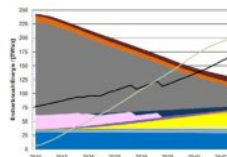
Ausland und bis 2050 um 80 Prozent. Unsere Strategie zeigt, dass sowohl der Ausstieg als auch die Erreichung der Klimaziele möglich ist.

«Wir müssen nicht nur von der Atomenergie Abschied nehmen, sondern auch von der fossilen Energie.»

Sie wollen sowohl aus der Atomenergie aussteigen als auch deutlich weniger fossile Energien verbrauchen. Klingt das nicht zu schön, um wahr zu sein?

Das erweckt vielleicht diesen Anschein. Wir haben aber viel gearbeitet und unsere Strategie durchgerechnet. Dasselbe wurde auch vom Bund, von der ETH und anderen Parteien getan. Die Ergebnisse decken sich weitgehend: Es ist zu schaffen. Viele Massnahmen der Energiewende leisten auch einen Klima-Beitrag. In der Energiewende müssen wir ja nicht nur von der Atomenergie Abschied nehmen, sondern vor allem auch von der fossilen Energie wegkommen. Weniger fossile Energie heisst auch weniger CO₂-Ausstoss. In der Schweiz ist es vor allem aber aus wirtschaftlichen Gründen blödsinnig, auf fossile Energien zu setzen. Wir nehmen unsere Franken und kaufen Öl oder Gas, das wir dann gleich nach Erhalt verbrennen, um uns dann gleich wieder neues zu kaufen. In der Schweiz wird dabei praktisch keine Wertschöpfung erbracht – es sind nur sehr wenige, die stark von dieser «Lösung» profitieren.

Geantech: Energieversorgung 2010 – 2050



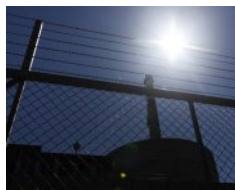
Das Szenario von swisscleantech.
(Bild: PD)

In der von Ihnen und Bertrand Piccard lancierten [Energie-Charta](#) wollen Sie einen gesetzlichen Rahmen einführen, welcher es erlauben soll, den Verbrauch von fossilen Energien bis 2034 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 gar um 70 Prozent zu reduzieren. Wie sieht ein solches Gesetz aus?

Ein Gesetz allein reicht nicht aus. Der Ausstieg aus der nuklearen und fossilen Energie muss mit einer Vielzahl von Massnahmen erreicht werden – es geht um Mindeststandards, die Förderung von erneuerbaren Energien, steuerliche Aspekte, usw. Das gesamte Paket muss aufgehen. Dafür braucht es nicht mehr, sondern die richtigen Rahmenbedingungen.

Nun kommen die grossen Energieversorger und sagen, dass sie Gaskombikraftwerke brauchen. Diese sind ja nur schwer mit Klimazielen verträglich?

Gewisse Konzerne und Verbände behaupten tatsächlich, dass wir nun viele Gaskombikraftwerke brauchten. Wir teilen diese Auffassung nicht. Unser Energie-Modell zeigt, dass es auch anders geht. Vielleicht braucht es eines – eher aus psychologischen Gründen. Wenn wir schon fossile Energie verbrennen wollen, dann machen wir das besser mit dezentralen Wärme-Kraft-Kopplungs-Einheiten (WKK). Unter unseren Mitgliedern befinden sich übrigens auch neun Energieversorger – darunter die SIG, die EKZ oder die Enalpin –, die eine Wende unter Einhaltung der Klimazielen befürworten und diese auch für machbar halten.



Sonne über
AKW-Mühleberg:
Heizt der

Sind die grössten, etablierten Energieversorger und AKW-Betreiber zu träge und nicht genügend innovativ, um die Herausforderungen des Atomausstiegs unter Beibehaltung der Klimaziele zu meistern?

In der Energieversorgung zeichnet sich eine Verschiebung von zentral auf dezentral ab – und bei den «grössten, etablierten Energieversorgern» wie Sie sie nennen, handelt es sich oft um Quasi-Monopolisten. Der Markt spielt nur wenig. Die Besitzstrukturen sind verschachtelt. Der Vorstand ist politisch gewählt und viele der existierenden Rahmenbedingungen wirken kontraproduktiv. Dies erzeugt Zwänge, die der Erneuerung bedürfen.

Atomausstieg das
Klima an?
(Bild: Reuters)

Wie wollen Sie denn konkret den Verbrauch von fossilen Brennstoffen und den CO₂-Ausstoss senken?

Man muss vor allem an zwei Orten ansetzen: Einerseits bei den beheizten Flächen, die heute rund einen Drittel des Energiebedarfs ausmachen. Dort gilt es in erster Linie Effizienz durch Isolation sicherzustellen. Künftig gehört in ein Haus zudem weder Öl noch Gas. Fossile Energie ist zu kostbar, um damit Niedertemperaturen herzustellen, die zum Heizen eines Gebäudes benötigt werden. Dafür gibt es Wärmepumpen und Solarwärme-Systeme.

Andererseits muss man beim Transport ansetzen. Dort deuten alle Zeichen darauf hin, dass beim motorisierten Individualverkehr und der Feinverteilung im Güterverkehr der Elektromobilität künftig eine überragende Bedeutung zukommen wird. Setzen sich diese neuen Ansätze durch, brauchen wir zwar mehr Strom – was wir mit einberechnet haben –, reduzieren aber gleichzeitig unseren fossilen Verbrauch und den CO₂-Ausstoss deutlich. Dies ohne irgend welche heiligen Kühe schlachten zu müssen.

«Wir verschieben nur einen Teil der Kosten auf die nächsten Generationen.»

Werden dann die Heiz- und Mobilitätskosten für Private nicht deutlich steigen? Muss die Bevölkerung künftig von ihrem heutigen Wohlstandsniveau Abschied nehmen?

Nein. Heute schliessen die Energiepreise die Vollkosten nicht ein und erscheinen nur «günstig». In Tat und Wahrheit verschieben wir nur einen Teil der Kosten auf später – auf die nächsten Generationen. Wenn uns beispielsweise Erdöl heute als billig erscheint, dann nur weil die Preise von CO₂ und anderer Externalitäten nicht richtig einberechnet sind. Die Preistendenz bei den Fossilen zeigt zudem eindeutig nach oben. In andern Worten: Ohne Wende verringert sich unser Wohlstand.

Auch handelt es sich oft nicht um einen Kostenanstieg, sondern um eine Verlagerung von Betriebs- auf Investitionskosten. Der Nettoeffekt aus verzinster Investition, höheren Energiepreisen und deutlich geringerem Betriebsbedarf mag laut den Studien von ETH und Bund, ohne Einrechnung verschiedener makroökonomischer Effekte, marginal negativ sein. Wir sprechen bis 2050 von einem Jahr Wachstumsverzögerung – oder Gesamtkosten von 0,4 bis 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Wir sind sogar der Meinung, dass der Effekt auf Wirtschaft und Wohlstand klar positiv sein wird. In jedem Fall sind die Kosten bedeutend geringer als der Nutzen, der allein schon aus der Reduktion des Versorgungsrisikos und der Preisfluktuation erzielt werden kann.

«Das Prinzip der Vollkostenrechnung findet immer breitere Akzeptanz.»

Eine Berücksichtigung der externen Kosten der Energie würde sowohl Strom als auch fossile Energie markant verteuern. Fehlt in der Bevölkerung und der Politik nicht der Wille zur Einführung einer Vollkostenrechnung, weil es ja ums eigene Portemonnaie geht? Nehmen Sie eine Benzinpreiserhöhung als Beispiel: In einer Abstimmung würde diese doch zum heutigen Zeitpunkt bei der Mehrheit der Wähler kaum eine Chance haben?

Heute ist das richtig und gilt speziell für eine Benzinpreiserhöhung. Eine Treibstoffabgabe war ja

ursprünglich im CO₂-Gesetz vorgesehen gewesen. Hier haben wir uns zähneknirschend darauf geeinigt, nicht darauf zu insistieren. Es stehen halt Wahlen an. Ich glaube aber, dass das Volk die Vorteile der Elektromobilität als Teil der Energiewende sehr wohl begreifen wird. Sind Sie schon einmal einen Tesla gefahren? Wer heute ein Auto besitzt, das viel Benzin braucht, und sein Verhalten nicht ändert, für den wird das Fahren künftig sowieso teurer. Benzinpreise werden weiter steigen – nur schon wegen des teurer werdenden CO₂. Ich glaube, in der Politik zu spüren, dass das Prinzip der Vollkostenrechnung immer breitere Akzeptanz findet. Der Atomausstieg beispielsweise erfolgt meines Erachtens hauptsächlich auf der Grundlage einer Vollkosten- und Risikorechnung.

Ist es nicht bequem, wenn ein Teil der Kosten der fossilen Energie, die eine Privatperson oder ein Unternehmen verbraucht, bei anderen Menschen oder im Ausland anfällt? Führt dies nicht zu einer Marktverzerrung, die dazu führt, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer die billige fossile Energie bevorzugt nachfragen wird?

Nein. In der langen Frist rechnet sich eine Wende für alle Akteure. Es wird nicht einfach, aber wir werden es schaffen und dabei unsere Wirtschaft stärken. Als Wirtschaftsverband sind wir der Meinung, dass eine glaubwürdige Cleantech-Vorreiterposition der Schweiz uns bereits auch kurzfristig wirtschaftlich stärken wird. Es gibt auch immer mehr Firmen, die sich zu diesen Themen aktiv einbringen: Denken Sie an Swisscom, Coop oder Migros. So muss die gesamte Schweiz zum Cleantech-Vorreiter werden. Davon profitieren sowohl KMU wie auch Grosskonzerne.

Bei Energie und Klima muss man eben wirklich langfristig denken. Es geht beispielsweise nicht primär darum, wie viel Benzin oder Heizöl morgen an der Tankstelle kosten wird, sondern darum, wie hoch die volkswirtschaftlichen Kosten der Mobilität in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren sein wird.

Nur hat der Mensch eine Neigung zur Kurzfristigkeit . . .

Das stimmt, dies kann aber adressiert werden. Wenn Sie in die Altersvorsorge einzahlen müssen, dann nervt Sie dies heute vielleicht auch. Sie würden sich damit lieber etwas Schönes kaufen. Der Staat lenkt da jedoch bereits heute von einem kurzfristigen auf einen langfristigen Fokus, indem er den Rahmen der Altersvorsorge vorgibt. Insgesamt profitieren alle davon. In der Energiefrage ist dies auch möglich. Das Gute dabei ist, dass wenn wir es richtig machen, uns bedeutende gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile zukommen werden.

«Die Energiewende ist machbar.»

In Ihrer Energie-Charta wollen Sie bis 2020 ein Minimum von 30 Prozent des gesamten Energieverbrauchs der Schweiz – also sowohl Strom als auch fossile Energien – mit erneuerbaren Energien decken und bis 2050 gar 70 Prozent. Wie realistisch ist dieser Plan?

Wir sind der Meinung, dass er sehr realistisch ist. Die Cleantech-Energiestrategie stammt aus einer Vielzahl an Gesprächen mit Experten-Gruppen. Dabei haben wir keine Technologie oder Industrie bevorzugt. Wir haben uns beispielsweise mit der Solarbranche gestritten, weil diese viel schneller, viel mehr Solarenergie wollte als wir. Das fanden wir volkswirtschaftlich falsch. Zum heutigen Zeitpunkt ist die Technologie noch vergleichsweise teuer. Auch die nötigen lokalen Ressourcen wie Ausbildung oder Installationskapazität zum Beispiel sind noch unzureichend vorhanden. Die zur Verfügung stehenden Fördermittel müssen sorgfältig und flexibel auf die verschiedensten Energieformen verteilt werden – je nach ihrer Wettbewerbskraft unter Vollkostenrechnung. Wird konsequent auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente Netze gesetzt, dann ist die Wende machbar. Auch die Studien von Bund und ETH, Infras oder McKinsey zeigen dies.



Wind- und
Sonnenenergie im
Kanton Jura:
Lukratives Geschäft
der Zukunft?
(Bild: Imago)

Als Interessenverband vertreten Sie Unternehmen, die mit alternativen Energien Geld verdienen wollen. Sehen Sie sich da nicht mit dem Vorwurf konfrontiert, dass Sie vor allem die Massnahmen fördern wollen, die diesen Unternehmen nützen?

Nein, das stimmt in vielerlei Hinsicht nicht. Wir sind ein Wirtschaftsverband, der die nachhaltig denkenden und handelnden Firmen vertritt. Wir haben den Anspruch, zu einem Dachverband zu werden – auf gleicher Ebene wie Economiesuisse, zu dem wir uns als Alternative sehen. Wir möchten der Politik, der Bevölkerung und den anderen Firmen zeigen, dass es in der Wirtschaft unterschiedliche Meinungen gibt. Nur eine kleine Zahl unserer Mitglieder ist im Bereich der alternativen Energien tätig. Wir vertreten Architekturbüros, Anwaltskanzleien, Banken oder IT-Firmen. Wir vertreten nicht bestimmte Interessen, sondern Firmen, die sich für langfristiges Denken einsetzen und die die Schweiz im Bereich Cleantech weltweit als Vorreiter positionieren wollen, weil sich dem Land dadurch wirtschaftlich Chancen bieten.

Dabei müssen wir verhindern, dass Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse in der Schweiz CO₂-Ziele propagieren, die im internationalen Vergleich nur Mittelmass sind, gerade weil wir in Bereichen mit direktem Bezug zu CO₂-Reduktionen wirtschaftlich führend sind. Hochschulen wie Yale oder die ETH haben anerkannt, dass die Schweiz in diesen Bereichen weltweit Stärken aufweist. Unsere Aufgabe ist es, diese nun in einer Cleantech-Positionierung umzusetzen.

«Economiesuisse spricht für 5 Prozent, Swisscleantech für 95 Prozent der Wirtschaft.»

Wenn Sie Economiesuisse ansprechen: Wieso sind denn viele Unternehmen – ausserhalb ihres Verbandes – immer noch gegen den Atomausstieg oder gegen eine Vollkostenrechnung?

In erster Linie müssen sie diese Unternehmen fragen und nicht mich. Für mich ist das auch oft ein Rätsel. Es gibt gewisse Konzerne, die würden enorm viel von einer Politik profitieren, wie wir sie vertreten. Gerade im Zusammenhang mit der vorangehenden Frage finde ich, dass es Economiesuisse ist, die im Namen der Gesamtwirtschaft Partikulärinteressen vertritt. Schaut man sich die Energie- und Klimapolitik des Verbandes an, dann muss man sich fragen, ob es nicht eher die Automobil-, die Gas-, die Erdöllobby oder die energieintensiven Branchen sind, die die Meinung des Dachverbandes prägen. So gesehen spricht Economiesuisse für 5 Prozent der Arbeitsplätze im Bereich Energie und Klima; wir sprechen für 95 Prozent.

Profitieren denn solche Unternehmen Ihrer Meinung nach von staatlich subventionierten, billigen Produktionsbedingungen auf Kosten der Gesellschaft?

Ja, es gibt sicherlich gewisse energieintensive Unternehmen, die davon profitieren, dass sich Economiesuisse und andere dafür eingesetzt haben, dass wir in der Schweiz in der Vergangenheit eine Billigenergiestrategie gefahren sind und den Fokus nicht auf die Qualität ausgerichtet hatten. Das ist verlockend und wirkt kurzfristig strukturerhaltend, bringt aber langfristig nur Probleme. Dafür gibt es genügend Beispiele: So brauchen beispielsweise die USA pro Dollar Bruttoinlandprodukt ziemlich genau doppelt so viel Energie wie Europa, weil dort Energie viel günstiger ist. In Frankreich sind Häuser schlecht isoliert, weil der Atomstrom billig angeboten wird. In der Schweiz müssen wir bei der Energie auf Qualität setzen. Den energieintensiven Betrieben

kann und muss man Ausnahmegewilligungen geben. Die Energiepolitik ist jedoch auf die anderen 95 Prozent der Wirtschaft auszurichten.

Ihre Energie-Charta wurde von den Parteipräsidenten der BDP, CVP, SP, GLP und GP unterschrieben. Schaut man sich die [Liste der Unterzeichnenden](#) an, dann zeigt sich, dass vor allem die SVP aber auch die FDP spärlich vertreten sind. Braucht eine solche ambitionierte Strategie wie die Ihres Verbandes nicht die breite Unterstützung aller politischen Kräfte, um langfristig erfolgreich zu sein? Um politisch erfolgreich zu sein, braucht es in erster Linie eine Mehrheit! Wenn Sie die erwähnten Parteien anschauen, dann haben wir heute diese Mehrheit – und bängen alle auf das Resultat von heute Mittwoch im Ständerat. Am besten wäre es, wenn alle an einem Strick ziehen würden. Wir würden uns wünschen, dass die FDP als Wirtschaftspartei die wirtschaftlichen Vorteile der Energiewende erkennt und dass die SVP als Partei, die ja so stark auf die Schweiz setzt, auf die Eigenversorgung, auf den Heimmarkt, usw., auch erkennt, dass viele Massnahmen der Energiestrategie sehr wohl auch in ihrem Interesse sind.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/atomausstieg_darf_klima_nicht_belasten_nick_beglinger_cleantech_1.12690454.html